

Kommt es in Zürcher Spitälern tatsächlich zu Beschneidungen?

Gemäss SVP führen Ärzte in Zürcher Spitälern an jungen Frauen Beschneidungen durch. Die Gesundheitsdirektion hat davon keine Kenntnis, will die Hinweise jedoch prüfen.

Von **Hans-Peter Bieri**

Zürich. – Die Behauptung wurde gestern von dem SVP-Gesundheitspolitiker Jürg Leuthold aufgestellt. Er habe Hinweise, dass in öffentlichen Spitälern des Kantons Zürich Beschneidungen an jungen Frauen und Mädchen vorgenommen würden, sagte der Kantonsrat. Dabei gehe es nicht um die Korrektur von illegalen Kurpfuschereien, sondern um aktive Eingriffe. In welchen Spitälern das geschehen soll, wollte er nicht sagen; er hielt aber auch auf

Nachfragen mehrmals an seiner Feststellung fest.

«Wahrscheinlich ein Straftatbestand»

Mediensprecherin Marianne Delfosse von der Gesundheitsdirektion zeigte sich auf Anfrage befremdet. Die Gesundheitsdirektion habe keinerlei Kenntnis von solchen Eingriffen und auch keine Hinweise darauf. «Wir bedauern, dass Herr Leuthold nicht an uns gelangt ist, wenn er solche Kenntnisse hat.» Nach Delfosse wäre es «mit grosser Wahrscheinlichkeit» ein Straftatbestand, wenn in einem Zürcher Spital eine Beschneidung durchgeführt würde, solange sie aber die genauen Umstände nicht kenne, könne sie sich nicht festlegen. Wie die Mediensprecherin erklärte, prüft die Gesundheitsdirektion eine Weiterleitung von Leutholds Hinweisen an die Strafverfolgungsbehörden.

Leutholds Behauptung fiel an einer

Pressekonferenz, in der die kantonale SVP grundsätzlich zu aktuellen Fragen der Gesundheits- und Sozialpolitik Stellung nahm. Nach Kantonsrat Willy Haderer hat sich die SVP in der kantonsrätlichen Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit zwar «weit gehend durchgesetzt». Die SVP habe erfolgreich linke Forderungen zur Ausdehnung des Gesundheitswesens und der Sozialleistungen verhindert und sehe das auch für die Zukunft als ihre Hauptaufgabe an.

Für Abschaffung der AHV-Beihilfe

Abzuwehren gibt es nach den Worten der SVP-Politiker allerdings noch genug. Beispiel AHV/IV-Beihilfen: Nach Haderer sind sie durch Änderungen der Steuer- und Sozialgesetzgebung längst überflüssig geworden und sollten abgeschafft oder doch reduziert werden. Oder die vom Bund vereinheitlichten Kinderzulagen:

Nach Kantonsrätin Theres Weber-Gachnang sind sie nicht nur der Inbegriff des Giesskannenprinzips, sondern bedeuten auch eine Entmachtung der Kantone. Oder die aktuelle Revision des Krankenversicherungsgesetzes des Bundes: Nationalrat Jürg Stahl warf dem Bund vor, kein Konzept zu haben, und forderte mehr Marktwirtschaft. Oder die Missbräuche im Sozialwesen: Kantonsrat Claudio Schmid forderte da ein ganzes Massnahmenpaket.

Nach Schmid sollten die Gemeinden nur noch Gutscheine, nicht Bargeld verteilen. Dann sollten sie auf jeden Fall Sozialinspektoren einstellen, um Betrügern auf die Schliche zu kommen; Schmid regte an, dass der Kanton den Gemeinden dies durch finanzielle Anreize schmackhaft machen solle. Drittens sollten «kantonale Inspektoren mit gut ausgestatteten Kompetenzen» den Gemeinden genau auf die Finger schauen. Nach Schmid würde zu diesem Zweck der Revisionsdienst im Ge-

meindeamt der Direktion des Innern reichen: «Die Leute müssen nur den Fokus auf die Sozialhilfe richten.» Und zum Vierten müsse der Kanton jenen Gemeinden, die nicht willig seien, Kontrollen einzuführen, die Staatsbeiträge kürzen. Ein entsprechendes Postulat hat die SVP im Kantonsrat bereits eingereicht.

Rauchverbot: Haltung noch offen

Noch nicht voll ausdiskutiert ist die Haltung der Zürcher SVP zum Tabak. Ein Werbeverbot lehnt die Partei nach Haderer zwar als Eingriff in die Handels- und Gewerbefreiheit klar ab. Dagegen sei die Partei für eine «vernünftige Regelung des Rauchverbots in öffentlichen Räumen und an Arbeitsplätzen».

Noch nicht festgelegt hat sich die Partei jedoch hinsichtlich eines Rauchverbots in Restaurants, wie es die Lungenliga mit einer Volksinitiative fordert.